

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der **Politische Wegweiser** erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Verantwortlich**: Eschschling
verantwortlich. — **Redaktion**: Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland, Leipzig.
— **Verlag**: Leipzig, Poststraße 20, 21. — **Druck**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Vertrieb**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Postamt**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Postfach**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Postnummer**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11.

Angabe: Für die Jahrgangszahl 1926. — **Verlag**: Leipzig, Poststraße 20, 21. — **Druck**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Vertrieb**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Postamt**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Postfach**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11. — **Postnummer**: Leipzig, Hermannstraße 10, 11.

Nummer 49

Salle (S.), 4. Dezember 1926

2. Jahrgang

Von Locarno nach Stresa.

Ernst, aber nicht aussichtslos — Die Gefahr der Stimmungen — Verzweiflungskampf des Nationalismus — Hüben und drüben — Die Militärkontrolle und Rheinlandräumung — Italien und Frankreich — Englische Vermittlung — Folgerichtige britische Politik — Der Weg nach Stresa — Italienische Kolonialansprüche — Wirren im Innern — Die Freiheit in der Partei — Nicht Disziplin, sondern Verantwortlichkeitsgefühl — Das Schund- und Schmutzgesetz — Das Arbeitszeitgesetz — Sozialdemokratische Forderungen — Große Koalition? — Deutsches Erbe.

Die Bedeutung der kommenden Woche ist außerordentlich für die Zukunft Europas gar nicht zu überschätzen. Dabei soll man von dem jetzt wieder einmal herrschenden übertriebenen Optimismus genau so freihalten, wie von jener Hoffungslosigkeit, die kurz nach Thron durch ihre Überheblichkeit nur Verwirrung gestiftet hat. Man wird der Lage nur dann gerecht, wenn man sie als ernst, aber nicht aussichtslos bezieht. So schwer lösbar die Probleme sind, so wenig darf an dem guten Willen der Staatsmänner gewweifelt werden, das auf den Alpensteg die Schiffe wieder flott zu machen. Jede Verhandlung dieser Art ist wiederholt auf einem toten Punkt angelangt und drohte sogar zu einer Jähspaltung durch eine Ablehnung der Gegenseite zu führen. Dabei soll gar nicht verkannt werden, daß die sachliche Meinungsverschiedenheit nicht einmal das Bedenklichste ist. Was immer wieder und wieder während in die Einmütigkeit hineingeführt, sind jene Stimmungen, die durch die Macht der Presse und des Parlamentes einen überwiegenden Einfluß gewinnen. Es ist klar, daß die Opposition in allen Ländern das Kaiserliche aufweist, um eine Verfestigung zu verhindern, die von Grund auf die Lage Europas ändern muß. Und es sind so viel Interessen mit der Vergangenheit verknüpft, daß man es menschlich begreifen kann, wenn sich ihre Anhänger verzweifelt gegen eine neue Zeit sträuben, die ihnen manche Tapfe gefordert hat.

Bisher aber hat sich die Entwicklung noch immer als härter erweisen als die einzelnen Persönlichkeiten und Sonderinteressen. Vor all man von der sehr geringen Tempo verlangen. Der Nationalismus kämpft verzweifelt um seine Forderungen, denn er hört auf einen Sinn zu haben, wenn sich die internationalen Bande verstärken. Und gerade das ist das Ziel. Wie bei uns die Deutschnationalen, so legen sich in Frankreich die Chauvinisten, die bisher von der deutsch-französischen Feindschaft gelebt haben. Und beide benutzen die gleichen Waffen des Mißtrauens und der Abneigung. Es ist so leicht aus der Vergangenheit und selbst aus der Gegenwart ein gegenseitiges Mißtrauen zu gewinnen. Günstig ist überall worden, und wo die leitenden Männer auch mit Gefühl und Tatkraft sich für die Vereinigung aller Schwebenden strengen eingestellt haben, sind die nachgeordneten Organe mit Erfolg bereit gewesen, Steine in den Weg zu räumen. Das gilt drüben von den Besatzungsmächten genau so gut wie bei uns von den Verbänden und ihren Beziehungen. Daß mit beiden Verhältnissen aufzuräumen werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Stresmann und Geffler haben entsprechende Erklärungen im Reichstage abgegeben, die merkwürdiger Weise jenseits des Rheines weit mehr beifriedigt haben, als im eigenen Lande. Es liegt ja überhaupt ein tragisches Verhängnis darin, daß die Freunde der Verständigung so rathlos einmal stehen, daß durch ihre übertriebene Maßsamkeit gegen ihre eigenen Willkür zu arbeiten. Wir glauben nicht zu weit zu gehen, wenn wir behaupten, daß der Kampf gegen die schwarze Reichsmehrheit, der natürlich als eine Notwendigkeit hinter den Kulissen geführt werden muß, den deutschen Unterländern in Paris bei ihren Forderungen nach Aufhebung der Militärkontrolle nicht gerade förderlich gewesen ist.

Es liegt ja überhaupt die größte Schwierigkeit darin, die Erfordernisse der inneren Politik mit der äußeren in Einklang zu bringen. Dabei soll man nicht von Landesserrat sprechen, wie es häufig geschieht, denn ein solcher liegt nur vor, wenn der Vorfall einer Schädigung der nationalen Interessen vorhanden ist. Das aber befreiten wir mit aller Entschiedenheit. Gerade jene Kreise, die diesen Vorwurf erheben, sind die schlimmsten Saboteure unserer Politik, und zwar bewußt. Auf der anderen Seite aber muß verlangt werden, daß auch jeder Vater sich seiner Verantwortung voll bewußt ist und nur die Wege benutzt, die nicht in Paris münden. Die Erklärungen Stresmanns in der letzten Kammer Sitzung haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß er volles Vertrauen zu der Tatkraft Stresmanns hat, damit sollen wir zunächst uns begnügen.

Die deutsch-französischen Beziehungen stehen im Zeichen der Militärkontrolle und der Rheinlandräumung. Dabei heißt sich heraus, daß die Aufhebung der Kontrolle durchaus möglich ist, aber noch starke Schwierigkeiten in

drigung seiner eigenen Interessen aber zwingt es, im Gesicht trägt. Sie sind nicht nur an der Seine zu suchen, wo man die Sorge für die eigene Sicherheit in einer unheimlich lächelnd ammutenden Weise betont, sondern auch an der Themse, wo man hinter politischen Bedenken wirtschaftliche Versteckung. So weit es sich um das Kriegsmaterial handelt, ist England aus Konkurrenzgründen mindestens so hartnäckig wie Frankreich. In allen anderen streitigen Fragen dürfte eine Einigung leichter erzielt werden, weil wir hier Italien und England auf unserer Seite hätten. Trotzdem besteht kaum Aussicht, daß der Ertrag der Entente Kommission durch die des Völkerbundes schon in absehbarer Zeit Wirklichkeit wird. Vorläufige Schätzungen rechnen zum mindesten mit mehreren Monaten. Aber, und das muß auf deutscher Seite besonders nachdrücklich unterstrichen werden, die Ausübung der Kontrolle ist keine Folge von Thron oder Locarno, sondern ist im Friedensvertrage vorgesehen. Sie mußte auch dann erfolgen, wenn niemals eine Annäherung in den beiden Orten erfolgt wäre. Was wir als Auswärtigen immer gefordert haben, ist die Räumung des besetzten Gebietes. Auch Herr Briand hat nur von Räumungen gesprochen und auf gewisse Erleichterungen hingewiesen, die bereits eingetreten sind. Wir haben das als Abschlagszahlung gefordert, können es aber nicht als Einlösung der uns ausgesetzten Pflichten betrachten. Eine deutsch-französische Verständigung erst dann ihren Sinn, wenn sich keine fremden Bannone mehr in den Wogen des Rheinstroms spiegeln. Auch die vorrückste und juristischsten fremde Truppe stellt immer eine nationale Demütigung und eine Bedrohung des Friedens dar.

Ob Genf uns in dieser Hinsicht weiter bringt, ist heute noch zweifelhaft. Der Außenminister wird das härteste noch, das liegt in seinem eigenen Interesse begründet, um das Rad etwas vorwärts zu bringen, aber die Entscheidung hängt heute, so wie sich die Dinge entwickelt haben, gar nicht mehr, oder wenigstens nicht im befürchteten Maße von den Beziehungen zwischen Berlin und Paris, sondern von Paris und Rom ab. Man hat in der französischen Presse vielfach auf die deutsch-italienische Annäherung hingewiesen und darin eine feindselige Einstellung gegen Frankreich gesehen. Nichts ist richtiger als dieses. Heute hat das Kabinett Poincaré es noch in der Hand, diese Annäherung in die eigene Politik aufzunehmen und auszunutzen. Sein verantwortlicher Mitarbeiter der deutschen Politik heißt daran, Thron hoffentlich bestreitet, solange auch nur die geringste Hoffnung besteht, seine großen Gedanken in die Wirklichkeit zu übertragen. Bessere Beziehungen zwischen Spies und Thron können nur dann für Frankreich einen unfreundlichen Charakter annehmen, wenn man es gewaltsam von der beschränkten Bahn abdrängen wollte. Man wird im Gegenteil sagen können, daß der Ausgleich zwischen zwei Ländern, die an sich überhaupt keine politischen und wirtschaftlichen Gegensätze darstellen, durchaus im Sinne von Locarno gelegen ist. Es kommt eben alles darauf an, ob es gelingt, zwischen Frankreich und Italien eine Brücke zu schlagen. Da scheint es, als ob ein Italien befreundetes Deutschland zusammen mit England eine ausgezeichnete Vermittlerrolle spielen könnte. Von allein, das haben die letzten Monate bewiesen, finden sich die beiden lateinischen Schwelmer nicht zusammen. Deshalb hat auch England die Initiative ergriffen, um die enge Verbindung zwischen Frankreich und Italien lebende Frage von sich aus lösen. Es sucht in Verhandlungen die Ansprüche des Molinios auf Kolonien zu befriedigen und Chamberlain hat dabei auch an Opfer gedacht, die England bringen soll.

Die britische Politik ist in ihren Umrißen klar. Nach dem Ergebnis der Reichstagsferenz, die das Schwerkrieg von London fort über See verlegt hat, muß das Kabinett von St. James danach trachten, den Kontinent in Ruhe zu erhalten. Es behält heute gar nicht die Möglichkeit, einzugreifen, wenn es hart auf hart geht. Die Schädigung zu früher, wo es eine Macht gegen die andere auspielt, möglichst alle zu vermeiden, ohne sie natürlich gegen sich selber zusammenzuführen. Und ein zweiter Gesichtspunkt ist maßgebend. Der Seeweg nach Indien ist frei. Das ist das A und O der britischen Politik seit mehr als hundert Jahren. Deshalb wurden die spanischen und italienischen Ansprüche auf Tanger abgelehnt, deshalb versucht man, Italien vom

Mittelmeer abdrängen und ihn in Ostafrika das für den Bevölkerungsüberschuß unumgänglich notwendige Siedlungsgebiet zu verschaffen. Mit bestimmung ist dabei ferner noch der Gedanke, Italien und Frankreich im schwarzen Erdbein nicht zu Nahrung werden zu lassen, um keine neuen Kolonialländer hervorzuheben. Gelingt in irgendeiner Form dieser englische Versuch, so ist Locarno gerettet.

Die französische Presse phantasiert, namentlich, soweit sie rechts steht, von einer deutsch-englisch-italienischen Koalition gegen Frankreich. Es ist eine völlige Vertennung der Begegnung. Gerade weil wir nur mit Frankreich Gegenseite auszugleichen haben, während wir mit Rom zusammengehen können, ohne überhaupt ernsthaftige Beziehungen aus dem Wege zu räumen, müssen wir das Schweregewicht auf den Westen legen. Der Frieden ist nur dann gewährleistet, wenn die durch den Rhein getrennten beiden Staaten gemeinsam operieren. Und für England gilt das Gleiche. Es will keine Konflikte, aus denen ihm nur Schäden, aber kein Vorteil erwachsen kann. Herr Dr. Wirth hatte im Reichstage vollkommen Recht, als er sagte, Frankreich habe das Wort. Briand übernimmt eine gewaltige Verantwortung wenn er jetzt nach Genf geht und von dort aus seine Reise nach Süden fortsetzt. Es ist vorläufig noch nicht entschieden, ob die Zusammenkunft mit Molinios in Stresa oder an einem Orte des Lago Maggiore stattfinden wird. Der Ort ist bedeutungslos, die Zusammenkunft selbst von weittragender Bedeutung.

Während so die deutsche Außenpolitik vorgezeichnet ist, was natürlich noch nicht entschieden, ob die Zusammenkunft mit Molinios in Stresa oder an einem Orte des Lago Maggiore stattfinden wird. Der Ort ist bedeutungslos, die Zusammenkunft selbst von weittragender Bedeutung. Während so die deutsche Außenpolitik vorgezeichnet ist, was natürlich noch nicht entschieden, ob die Zusammenkunft mit Molinios in Stresa oder an einem Orte des Lago Maggiore stattfinden wird. Der Ort ist bedeutungslos, die Zusammenkunft selbst von weittragender Bedeutung. Während so die deutsche Außenpolitik vorgezeichnet ist, was natürlich noch nicht entschieden, ob die Zusammenkunft mit Molinios in Stresa oder an einem Orte des Lago Maggiore stattfinden wird. Der Ort ist bedeutungslos, die Zusammenkunft selbst von weittragender Bedeutung.

Aber darüber dürfen wir uns nicht täuschen, daß es praktisch die Arbeit erfordert. Schon die Abstimmungen über das Schund- und Schmutzgesetz haben gezeigt, daß Mehrheiten im Reichstag beinahe zuallfällige sind. Bei Arbeitszeitgesetz und Wahlrechtsreform wird das noch stärker in die Erscheinung treten. Daneben gehen die Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierungsbasis. Sie sind noch nicht abgeschlossen, aber nicht sonderlich aussichtsreich. Die Sozialdemokratie verlangt für ihren Eintritt das Opfer von Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit stark umstritten sind. Es ist zu einer Prestigefrage geworden. Wenigstens wird das vom Zentrum und der deutschen Volkspartei so aufgefaßt. Auch von Reichspräsidenten. Dazu kommt der Kampf zwischen Reich und Ländern, der auch bei den Prüfungsausschüssen geradezu das entscheidende Merkmal wurde. Wir Deutschen leiden so darunter, daß wir das Volk mit den größten Widersprüchen in sich sind. Unsere Vergangenheit lastet auf uns als unheilvolles Erbe. Diese Gefahren einzudämmen ist nur dann möglich, wenn man immer den Mittelweg einschlägt, und Entwicklungen andauert hat sie ganzallfällig herbeizuführen. Es mag manchen bedrücken, daß es so mühselig und langsam weitergeht, aber wir sind eben kein einheitliches Gebilde und müssen die Sünden der Väter büßen. Es ist unsere Aufgabe der nächsten Generation das gleiche Schicksal zu erklären.

Richard May.

Tagung des demokratischen Parteiausschusses.

Nach über die Lage. — Demokratische Zukunftsaufgaben.

Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen Partei trat am Sonntag, den 28. November, vormittags im überfüllten Hauptsaal des Reichstages zusammen. Den Vorsitz führte zum ersten Male nach der Rückkehr von seiner Amerikareise wieder der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Erich Koch. Unter den Anwesenden bemerkte man neben den Führern und Abgeordneten aus Reichstag und Landesparlamenten die demokratischen Reichs- und Staatsminister.

Nach einer kurzen Begrüßung der Erschienenen nahm sofort Reichsminister a. D. Koch das Wort zu einem fast zweiwöchentlichen Referat über die politische Lage, in dem er u. a. folgendes ausführte: Das Ausland sieht die Fortschritte und den Aufstieg Deutschlands in den vergangenen sieben Jahren mit ganz anderen Augen an, als wir selbst. Ueberall verfolgt man diese Entwicklung mit wachsender Bewunderung und erkennt dabei auch den Anteil, den gerade unsere Deutsche Demokratische Partei an dieser Entwicklung hat, unweigernd an. Man kann mit vollem Recht und ohne jede Uebertreibung sagen, daß die Deutsche Demokratische Partei die Geschichte in den letzten 7 Jahren in den meisten entscheidenden und großen Fragen der Außen- und Innenpolitik an erster Stelle mitbestimmt hat. An der Einbürgerung und Festigung der Republik, an der Verhängung nach außen haben wir maßgebend mitgewirkt. Wir konnten diese Erfolge in den großen Fragen der Politik nur dadurch erreichen, daß wir nicht Einzelinteressen vertraten, sondern die Gesamtinteressen Deutschlands.

Genau hat es in der Politik, die wir nach außen und innen vertreten haben, in den letzten Jahren auch an grundsätzliche Wichtigkeit bedeutet. Sicherlich ist niemand bestrebt, wenn wir noch auf die Durchsetzung der Versprechungen und Abreden von Sporn zu warten. Wir wissen aber, daß diese Fragen nicht von heute auf morgen erledigt werden, und gerade wir, die wir zusammen mit dem unerschütterlichen Rathenau stets für eine Verständigungspolitik gekämpft haben, wissen, daß diese Dinge Zeit zu ihrer Durchsetzung brauchen. Die grundsätzliche Wichtigkeit der Verständigungspolitik wird aber bewiesen durch die Tatsache, daß trotz mancher Enttäuschungen heute niemand wagt, sich gegen die Locarnopolitik zu wenden, auch nicht die, die einst gegen unsere Außenpolitik witterten, und daß sogar der Führer der Bawerischen Volkspartei, die früher am meisten gegen die Politik der Reichsregierung angeknüpft hat, im Reichstage eine Erklärung für die Verständigungspolitik mit Frankreich verliest.

Wir haben die Republik mitgeschaffen und für sie gekämpft, als mancher Deutsche ihr noch die Existenzmöglichkeit bestritt, der heute jedes Eintreten für die Monarchie ablehnt. Zur Festigung der Republik haben wir die große Koalition seit Jahren verlangt, deren Notwendigkeit den Sozialdemokraten aber erst ein Heptakontajährlicher Deutschlandskandal klarmachen mußte. Die von uns geforderte Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber hat man von rechts her zerfallen, heute fordert sie Dr. Silberberg namens des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Der Abbau der Zollschranken war unsere Forderung, die sich heute die führenden Männer der europäischen Wirtschaft zu eigen gemacht haben. Unseren Abgeordneten Hermann Fischer hat man angegriffen, weil er gegen Schleichens übertriebene Steuererhöhung protestierte. Heute verwirklicht Reichsminister Theorie und der Erfolg gibt diesen beiden Demokraten recht.

Eine Partei, die solche großen Erfolge in allen großen Fragen aufzuweisen hat, müßte sich die Gunst der weitaus meisten Kreise des Volkes erfreuen. Es ist aber nicht so, sondern außerhalb der Partei sagt man: Deutschland ist gerettet, jetzt müssen die Einzelinteressen sich im Kampf aller gegen alle durchsetzen. Das hat die Wirtschaftspartei erkannt, die aber in allen großen politischen Fragen, auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, versagt. Gerade der Mittelstand muß sich darüber klar sein, daß er zerrieben wird zwischen den mächtigen Gruppen der Arbeitnehmer und des Großkapitalismus, wenn eine Gliederung des Reichstages nach Berufsgruppen sich durchsetzen sollte und die Interessen des Mittelstandes nur noch von einer Minderheit wahrgenommen werden würden. In der Partei selbst unterliegen wir nur zu oft dem Fehler, über Differenzen in Einzelfragen von untergeordneter Bedeutung das große gemeinsame Ziel zu vergessen, das wir verfolgen. Die Kritik, die in der Öffentlichkeit an unseren Ministern geübt wird, ist häufig veranlaßt durch ungenügende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und der Möglichkeiten innerhalb der Koalition, und übertrifft, indem sie Personen, die sich in jahrelanger Tätigkeit für Vaterland und Partei bewährt haben, lächerlich macht oder in ihrer Loyalität angreift. Der Sozialdemokratismus ist nach dem Verlangen des Reichstages die einzig mögliche Lösung gewesen. Das Schund- und Schmutzgesetz erregt gegenwärtig die Gemüter in allen Fraktionen. In der demokratischen Fraktion gibt es Anhänger und Gegner des Gesetzes. Sie hätte keine Bedenken gegen das Gesetz, wenn die Gewähr der lokalen Durchführung bestände, aber ich denke aus bitterer Erfahrung die Gefahren die in der Handhabung solcher Gesetze durch die Bürokratie liegen. Darum kann ich dem Gesetz, auch wenn es in einzelnen Punkten abgeändert wird, nicht zustimmen. Aber ich muß mich dagegen wenden, daß man nun denen unter uns, die für das Gesetz eintreten, den politischen Charakter abspricht. Prüffstellen der Länder, wie sie Preußen fordert, stellen eine unerträgliche Attacke auf die Einheit des Reiches dar, das ein einheitliches Auftragsgebiet ist. Eine Zurückziehung des Gesetzeswürde nicht Rülz kam nicht in Frage, da das Rad nicht mehr zurückgeführt hätte.

Wir müssen die Schwierigkeiten, die zeitweise innerhalb der Partei bestehen, überwinden, um die großen Aufgaben erfüllen zu können, die uns noch bleiben. In der Sozialpolitik müssen wir mit aller Kraft uns einsetzen für die Stärkung des Ausgleichs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. In der Sechslingspolitik gilt es, einen kräftigen Mittelstand auf dem Lande zu schaffen; geschlossen und stark müssen wir sozialdemokratische Strömungen bekämpfen. Wir müssen viel zusammenhalten, um die Steuerpolitik unseres Freundes Reichshald durchzuführen. Die Schaffung klarer, steuerlicher Verhältnisse ist eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland. Der endgültige Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern muß nach den Plänen Reichshalds geistert werden, und in Verbindung hiermit müssen wir in die wichtigste und größte Aufgabe unserer Partei herangehen, an den Kampf für Deutschlands Einheit. Es ist ein unauflösbarer Zustand, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen zwei deutschen Ländern die Intervention des Reichsministers des Innern als eine unliebsame „Einnischung Dritter“ bezeichnet wird. Es ist ebenso unmöglich, daß entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung — heute noch ein Land (Walden) ohne parlamentarisch verantwortliche Regierung existiert, das noch dazu mit seinen 48 000 Einwohnern, die ihm reichsgesetzlich zugewiesenen Zuständen verbunden ist, die Doppelarbeit oder dritter: die achtzehnjährige Arbeit, die in allen adychn Ländern geleistet wird, muß aufheben und auch ihrer einer Rationalisierung Platz machen. Eine unitarische Gestaltung der Deutschen Republik, die mit dem Zentralismus nichts zu tun hat, müssen wir erstreben, das Ideal des einigen und einheitlichen deutschen Volkes müssen wir in die Massen tragen. Es genügt die Demokratie vor anderen politischen Regierungen aus, daß sie nicht aus Gründen materieller Interessenpolitik, sondern entsprechend ihren Idealen die politische Entwicklung zu gestalten sucht. Wenn man nicht anstelle der Bevölkerung für die Wahrung der Liebe zu Volk und Republik, anstelle des Bewandehes des Geistes der europäischen Verständigung zu setzen wagt, so hat man kein Recht, dem Volke seine alten Ideale zu geben. (Stürmischer Beifall.)

Reichsminister des Innern, Dr. Kullj äußerte sich dann über die Gesetzespläne des Reichsinnenministeriums. Er ging zunächst auf das Problem Reichswehr und Wehrverbände ein. In Frankreich bestünde tatsächlich in weitesten Kreisen die Auffassung, daß wir in den Wehrverbänden eine zweite Reservearmee hätten. Die generelle

der Wissenschaft bestche starke Neigung, den Protokoll wieder außerhalb von Lemtern zu verlesen. Frage der preussische Ministerpräsident habe auf eine rung der Titel und Ordenfrage gedrängt.

Der Minister kam weiter auf die Finanzreform, sprechen und betonte, daß der Finanzausgleich ohne **Bernaltungsreform** nicht möglich sei. Es sei ein U daß wir in Deutschland weitestgehend Abgeordnete ledig Minister haben. Lebensunfähig kleine Sta gebilde müßten verschwinden. Zur Festigung des E tes gehörte auch das neue Wahlgesetz, das dem Rad ausgegangen sei. Auch ein Ausführgesetz zum 1. sel 48 der Reichsverfassung sei in Vorbereitung. Minister ging dann auf das Schund- und Schmutz ein. Die Herbe Kritik an dem Gesetz nehme er aber nicht über. Er habe volles Verständnis dafür, wenn deutsche Schriftsteller und die Kunst erfürchtlich d der wachen, daß die Freiheit ihrer Bewegung en bleibe. Man dürfe nicht vergessen, daß wir in ei Volksstaate leben, in dem sich die vorgezeichnete N nahmen ganz anders auswirken, als das in einem D feitsstaate der Fall wäre. Gerade von dem demotischen Jugendbewegungs-Organisationen werde das G gefordert. Es handle sich dabei lediglich um die E führung einer starken vorhabenden Bewegung. Freiheit der Kunst werde in keiner Weise berührt. Schluß be sprach der Minister das Schulgesetz, das e der nächsten Zeit eintbringen werde. Man dürfe n nicht allzu viele kulturpolitische Entscheidungen emar Kulturpolitische Strömungen lassen sich nicht durch sehsparagraphe entscheiden. Es muß eine Organi der Volkskraft gewährleistet werden, die der E die nötigen Entwicklungsmöglichkeiten gibt, die sie in teresse des Kindes, des Staates und des Volkes bra Die staatliche Aufsicht darf nicht angefaßt werden. E Jesuitenbildung des Schulwesens ist zu verhindern. Es gibt eine Lösung zu finden, die zwischen den starken M anhangsbewerben, wie sie zwischen Zentrum Demokraten bestehen, vermittelt und ein praktisches gebnis herbeiführt. Nach den Vorbesprechungen h ich, daß es gelingt, diese Linie praktisch einzubringen. der besten Kritik, so jedoch der Minister, ist nichts a fangen, wenn damit nicht zugleich praktische Vorsh verbunden werden. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer mehrstündigen Ausdrache, in der schwedischen innerpolitischen Probleme ausgiebig e tert wurden, gelangte die nachschlechte Entscheidung stimmung zur Annahme:

„Der Parteiausschuss ersucht die Fraktion, mit ein Nachdruck auf die Abtötung der Mängel zu drängen, sie in der Reichswehr geltend gemacht haben und sich für fgebende, dem ganzen Volk sichtbare Schritte zur Sicher des republikanischen Charakters der Reichswehr einzulei Mit großer Mehrheit werden sodann die nachfol den Entscheidungen angenommen:

Einstellung in die Reichswehr.
Die D. D. P. begrüßt die Anregung einer Kontrolle der Einteilung von Rekruten und Offiziersanwärtern die Reichswehr.

Die Republik braucht keine politische, aber eine den republikanische Truppe, die von sich aus und in allen i Stellen jede Verbindung mit irgendwelchen Wehrverbä ablehnt.

Artikel 48 der Reichsverfassung.

Die D. D. P. begrüßt die Absicht, den Artikel 48 Reichsverfassung endlich durch das in ihm vorgesehene E führungsgesetz zu ergänzen, um die immer wieder au fgehenden Pläne der Reaktion zu vereiteln.

Die Sicherung von Republik und Verfassung hat je n nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn das angehängte seh die volle Ueberordnung der bürgerlichen Gewalt i die militärische in jeder einzelnen Phase der Durchfüh eines Ausnahmezustandes gewährleistet. Nur eine der begrenzte Beziehung militärischer Kräfte als Hülfsm der Verwaltungs- und Polizeibehörden entspricht dem G und Willen unserer demokratischen Reichsverfassung.

Zur Frage der Hausinspektoren.

Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen P tei dankt der preussischen Landtagsfraktion für ihre latte Stellungnahme gegen die Pläne des Ministers-Hofers betreffend Erhöhung der Hausinspektoren; der Parteiausschuss tritt die Landtagsfraktion und die der Partei angehör den Minister, mit aller Kraft, entsprechend dem Progam des Ministers Reichshald, die jeder vernünftigen Wirfsch und Finanzpolitik widerstrebenden Pläne Hirtersfers Erhöhung und Verewerigung der Hausinspektoren weite einzügig abzuwehren.

Gesetz gegen Schmutz und Schund.

Der Parteiausschuss der Deutschen Demokratischen P tei billigt die Absicht des Gesetzentwerfers gegen Sch und Schund, hält aber den Entwurf in der vorliegenden Fassung aus kulturellen und rechtlichen Gründen für un nehmbar.

Einstimmige Annahme fand dann noch die nachschle Entscheidung über die Grobpreussische Republik.

„Die Forderung nach einer in allen hauptssächlichsten Gen der äußeren und inneren Politik einheitlich geführ Grobpreussischen Republik gehört zum Programm der De schen Demokratischen Partei seit ihrer Gründung. E allgemeinpolitische Entwicklung in dem Weltreiche hat B Bedeutung dieser Forderung für Deutschlands Zukunft i zu erhöhen vermocht. Der Parteiausschuss erachtet von P arteilsetzung und den Fraktionen, daß sie alle Kräfte in D dient dieser großen nationalen Sache stelle.“

Nachdem Vertreter des Saargebiets und Dantsch de Parteiausschuss freundschaftliche Grüße übermittelte hatte wies zum Schluß der Parteiausschuss Koch unter ih migen Beifall der Versammlung darauf hin, daß die Demokratische Partei es als ihr Verdienst mißachte, wenn jetzt die Verlegung des Saargebiets in W lridt gerückt und die Forderung auf die **Wiederanschl Dantschs an Deutschland** gewachsen sei.

D. D. P. Magdeburg

Große politische und kommunale Aussprache
Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr
Freundschaft, Prälatenstraße 32.

Es sprechen:

Dr. Bohner, M. d. L.
D. Dürre, Stadtverordneter.
Aussprache.

Zu dieser Versammlung haben alle demokratischen Wähler Zutritt.

Auflösung dieser Verbände sei nicht zweckmäßig. Wo aber solche Verbände auch nur durch den Anschein militärischer Bestimmung eine außenpolitische Beeinträchtigung und Gefahr werden, müsse rüchloslos vorgegangen werden. Man müsse in dieser Hinsicht von den Vätern die Anlegung des strengsten Maßstabes erwarten. Jede illegitime u. illegitime Verbindung zwischen Reichswehr und diesen Verbänden müsse unterbunden. Ein weiteres wichtiges Problem sei die Festigung des Staates. Die Demokratische Partei habe in dieser Frage eine ausschlaggebende historische Bedeutung. Sie sei die einzige Partei, bei der der demokratische und republikanische Staatsgedanke rein und unverfälscht lebe. Dieser Geist müsse in der Gesetzgebung zur Geltung kommen. Man dürfe dabei aber nicht verlernen, daß die Partei nicht allein zu entscheiden habe und daß wir in einer Koalition regieren. Wir müßten dahin kommen, daß die Lösung vor dem öffentlichen Recht genau so stark wird auf öffentlichem wie auf privatem Gebiet. Der Minister erinnerte an die Gesetze über das Reichsverwaltungsgericht, über die Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und über die Sammlung des Reichsrechts, die auf dieser Linie liegen. Er verwies ferner auf die drei Beamtengesetze und betonte, daß die Beamtenchaft einen moralischen und rechtlichen Anspruch auf ein reifliches gegenwärtiges Treueverhältnis habe. In der Frage der Fürstenaufhebung hoffe er, daß die Verlängerung des Sperrgesetzes die Beteiligten betanlassen werde, auch in Thüringen und anderen Länder zu einer Einigung zu gelangen. Zur Frage der Titel und Orden erklärte der Minister, daß dieses Problem einer Klärung bedürfe. Die Verfassungsbestimmung, wonach es Titel und Orden in der Republik nicht gebe, werde in der Praxis nicht durchgeführt. Die nachrevolutionäre Zeit habe auf dem Umwege der Amtsbezeichnung eine ungeheure Titelwucher produziert. In Bayern habe man alle möglichen neuen Titel geschaffen. Auch in den Kreisen

Parteinachrichten.

Bezirk Magdeburg.

D. D. P. (Geheimführer Aussch.), Montag, den 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr im Parteibüro, Breiter Weg 139-140.

D. D. P. (Stammfisch), Dienstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr Hotel „Weißer Bär“, Weinstraße 6. Die Mitglieder der D. D. P. werden gebeten, sich am Stammfisch zu beteiligen.

Die Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Magdeburg, veranstaltet am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr in der „Freundschaft“, Prälatenstr. 32, eine politische Aussprache. Referate haben übernommen: Landtagsabgeordneter Dr. Bohner, der über Fragen des gewerblichen Mittelstandes (Freigabe der gewerblichen Räume, Gewerbesteuer und andere wichtige Fragen mehr) sprechen wird, sowie Stadtverordneter D. Dürre, der sich mit städtischen Angelegenheiten befassen wird. Zu dieser Versammlung haben alle demokratischen Wähler sowie Gäste, durch Freunde eingeführt, Zutritt.

Dr. Bohner beim Reichsbanner. In einer sehr stark besuchten Vollversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Gruppe Altstadt, sprach Herr Landtagsabgeordneter Dr. Bohner über die Arbeitnehmer im heutigen Staat. Einleitend wies Redner darauf hin, wie notwendig es ist, daß die Arbeitnehmer im neuen Staat sich um die Politik kümmern. Es sei ein Unterschied zu ziehen zwischen den Führern, die buchgebildet emporgestiegen seien und zwischen den Führern, die die harte Schule des Lebens durchlaufen mußten. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der nicht nur ein Führer der Arbeiterklasse gewesen ist, sondern auch ein Führer des ganzen Volkes, ein Mann von Berufsbildnis für die Bedürfnisse des Vaterlandes. Alle Republikaner für die Bedürfnisse und Freude zum heutigen Staat bekommen, haben in Friedrich Ebert ihren Führer gesehen. Ebert war kein buchgebildeter Mensch. Er war ein Sohn des Volkes, der in schwerster Stunde sich dem Vaterland zur Verfügung gestellt hat. Die Geschichte wird später Friedrich Ebert gerecht werden. Es kann heute ganz ruhig ausgesprochen werden, daß die Republik bestmöglich ist. Selbst in Rechtskreisen ist man der Auffassung, daß die Frage „Republik oder Monarchie“ zugunsten der Republik entschieden ist. Trotz alledem haben wir Republikaner alle Ursache, uns mit Gleichgesinnten zusammenzufinden, um dem Staat zu beweisen, daß die Mehrheit feierlicher Bürger Republikaner sind. Es sei zweifellos ein erfreuliches Zeichen, daß die Mehrzahl der Industriearbeiter, von denen man heute Wirtschaftselendung und Mitarbeit im Staate verlangt, sich freiwillig in den Dienst unserer großen nationalen Sache stellt, während früher die Arbeitnehmer gegen den Staat eine starke Zurückhaltung einnahmen, die heute erfreulicherweise zu vergehen, daß der Arbeitnehmer der Träger

der großen nationalen Idee sei. Redner wies in diesem Zusammenhang auf die verschiedensten Gerichtsurteile hin, wo man tatsächlich sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, als wenn aus irgendwelchen Gründen gegenüber dem Arbeiter die Urteile viel schärfer ausgefallen sind, als gegenüber anderen Gesellschaftsklassen. Der Reichsgerichtspräsident Simons habe selbst in Bayern erklärt, daß Justizirrtümer vorgekommen seien. Diese sollte man zu vermeiden suchen. Der Arbeiter in der Republik muß Sicherheit dafür haben, daß bei der Justiz keine Klassenurteile gefällt werden. Gewiß beruhe Festurteile auf Unkenntnis des Seelenlebens des Arbeiters. Auch der Richter müßte sich bemühen, in das Seelenleben des Arbeiters hineinzufragen. Er hoffe, daß auch im Laufe der Jahre hier eine ganz wesentliche Veränderung eintritt. Mit einem freundlichen Bekannnis zu Staat und Nation und mit der Aufforderung, in Anhänglichkeit und Liebe dem neuen Staat zu dienen, schloß Dr. Bohner seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede.

Demokratische Frauenzusammenkunft.

Am Sonnabend, den 27. November, trafen sich auf Einladung der Frauengruppe Magdeburg der Deutschen Demokratischen Partei die demokratischen Frauen aus Magdeburg und Umgebung zu einem gefälligen Besamensein in dem mit dem Reichsbanner und reichlichem Tannengrün herrlich geschmückten Freundschaftssaal.

Unter den anwesenden auswärtigen Gästen bemerkte man u. a. Frau Dr. Hummel-Heidelberg, Frau Dönhoff-Berlin, Staatspräsidentin a. D. Dr. Hummel-Heidelberg, Abgeordnete Dees-Sarlsruhe und Direktor Merzler-Berlin. Die Zusammenkunft, die überaus stark besucht war, legte ein erfreuliches Zeugnis über das große Interesse der demokratischen Frauen für die Politik dar. Fräulein Behrens verstand es, in der Begrüßungsansprache auf die künftige Arbeit der demokratischen Frauen hinzuweisen. Die heutige Zusammenkunft soll ein Auftakt für die spätere Arbeit sein. Es sei notwendig, daß die Frauen sich mehr wie bisher um die Fragen der Politik kümmern, die die Frauen in erster Linie angehen. Deshalb sei Aufklärung und Schulung notwendig. Der vorläufige Ausschuß hat ein Programm zusammengestellt, nach dem bis Mai monatlich eine Zusammenkunft der demokratischen Frauen vorgehalten ist und das die aktuellen Fragen vorzieht. Die Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses, Frau Dönhoff, verstand es in einer glänzenden Rede, die Anwesenden für die Politik zu begeistern. Die Rednerin verwahrte sich gegen die Auffassung, die in der Politik nur eine gesellschaftliche Angelegenheit sieht und sie zur wirtschaftlichen Interessenvertretung bestimmter Gruppen und Stände machen will. Niemals werden die Frauen auf solchem Boden heimisch werden. Für sie ist die Politik Gesamtwirtschaft. Aus ihrer Weltanschauung heraus werden sie sich über bestimmten Parteien, und die Demokratischen, die sich aus gefühlsmäßig fest verbunden fühlen mit der Partei, trauen diese Heberzeugungstreue auch den Mitgliedern anderer Parteien zu. — Es gibt eine Frauenolidarität, die bei Frauen der verschiedenen Richtungen

ent in dem Bewußtsein, einer besonderen weiblichen Aufgabe im öffentlichen Leben. Sie entspringt aus dem Begriff der Mütterlichkeit, der tiefen Verantwortung für das Leben, der geistig seelischen Kräfte. Die Demokratischen haben innerhalb ihrer Frauenolidarität eine besondere Rolle, die der Zusammenfassung von der Mitte aus, weil ihre Parteigründung den Frauenforderungen am meisten entspricht. In erster Stelle müssen sie aber für deren Durchsetzung in der Partei sorgen, deshalb die weitverbreitete Parteimitgliedschaft überwinden sowie ihre Scheu vor dem Kampf der Meinungen. Wenn sie dabei persönliche Opfer bringen, so ernten sie doch den schönsten Lohn, eine schwere, aber unendlich bedeutungsvolle Periode der Geschichte aktiv mitzugestalten und unmittelbaren Anteil zu haben am Werden und Wachsen ihres Volkes.

Die Ausführenden fanden stürmischem Beifall. Des weiteren sprach noch Reichstagsabgeordneter Staatspräsident a. D. Dr. Hummel-Heidelberg, der gleichfalls auf die notwendige Arbeit der Frauen hinwies und sie als gleichberechtigt anerkannte. Fräulein Behrens dankte allen Rednern sowie der Magdeburger Leitung, besonders den Damen, die sich um die Ausschmückung des Saales besonders verdient gemacht haben.

Bei Konzert, Kaffee und Kuchen verflohen nur allzu schnell die wenigen Stunden, die allen Teilnehmern in dankbarer Erinnerung bleiben werden.

Tagung der Parteimitglieder Mitteldeutschlands.

Der Deutsche Parteimitgliederkongress der Parteimitglieder Mitteldeutschlands fand am Sonntag, den 18. Dezember, in Magdeburg statt. Vertreten waren 18 Orte durch 53 Abgeordnete. Die Tagung, an der auch das Mitglied der Hauptverwaltung des Vereins, Michael Perret-München, sowie die Ausschussmitglieder Koch-Berlin und Beck-Hannover teilnahmen, und der am Sonnabend Nachmittag eine Gau-Vorstandssitzung sowie am Sonntag vorausgegangen waren, nahmen einen einträchtigen Verlauf. Aus dem Halbjahresbericht des Parteimitgliederführers Richter-Magdeburg, welcher als Gauvorsitzer auch die Verhandlungen leitete, sowie aus den Berichten der Abgeordneten über die Lage in den einzelnen Gauen war zu entnehmen, daß der auch in der Bezirkszeit noch immer fortgeleitete Personalabbau sowie das in vielen Parteinbetrieben noch immer herrschende Ueberstundenwesen eine umfangreiche Heberzeugungstreue erforderlich machte. Obwohl durch den Abbau noch Wagnisse bedingt waren, konnte die Mitgliedszahl im Gau Mitteldeutschland gegenüber dem Stande vom 1. April 1926 nicht unbedeutend erhöht werden. Den Höhepunkt der Tagung bildete der oftmals von Zustimmungserklärungen unterbrochene und mit starkem Beifall aufgenommene Vortrag von Perret-München über das Thema: „Der Kampf um den sozialen Aufstieg“. Redner zeichnete die Entwicklung, die Bedeutung sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Angehörigen, insbesondere der Parteimitglieder, dar. Der immer mehr sich in wenigen Händen zusammenballenden Kapitalmacht sei eine starke und gleichwertige Organisation der werktätigen Bevölkerung entgegenzusetzen.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Konsum-Berein
für Magdeburg und Umgegend
Ecke Peterstraße **Jacobstraße 42** neben d. Reichskrone

Herren-Konfektion

Ulster 38 ⁰⁰ 48 ⁰⁰ 54 ⁰⁰ 66 ⁰⁰ 72 ⁰⁰ 85 ⁰⁰	Herren-Anzüge 37 ⁵⁰ 48 ⁰⁰ 52 ⁰⁰ 72 ⁰⁰
Paletots schw. m. Samtkr. 43 ⁵⁰ 47 ⁵⁰ 68 ⁰⁰	Herren-Anzüge blan 72 ⁰⁰ 78 ⁰⁰ 84 ⁰⁰
Gumm-Mäntel 19 ⁵⁰ 25 ⁰⁰ 29 ⁵⁰	Burschen-Anzüge 17 ⁰⁰ 37 ⁵⁰ 52 ⁰⁰

Einzelne Hosen Stoff-, Pilot- und Breeches-Hosen

Winter-Joppen

Damen-Konfektion

Flausch-Mäntel 35 ⁰⁰ 27 ⁵⁰ 29 ⁰⁰	Sportjacken reine Wolle 17 ⁰⁰
Velour de laine-Mäntel 57 ⁰⁰ 32 ⁵⁰ 22 ⁰⁰	Sportjacken Wolle mit Seide 9 ⁷⁵
Ottoman-Mäntel 68 ⁰⁰ 63 ⁰⁰ 58 ⁰⁰ 54 ⁰⁰	Pullover la Qualität 10 ⁵⁰ 12 ⁵⁰

Stoffe

Popeline moderne Farben 2 ⁷⁵ an	Herren-Anzug- und Mantelstoffe
Pulloverstoffe 2 ²⁵ 1 ⁷⁵ 1 ²⁵	Herren-Ulsterstoffe von 12 ⁰⁰ an
Kleiderstoffe kariert 5 ²⁵ 2 ⁵⁰ 1 ⁹⁵	Herren-Anzugstoffe von 3 ⁷⁵ an
	Herren-Anzugstoffe An der Wende von 18 ⁰⁰ an

Fremde!
Werbt Leser!

Hohenzollern-Park.
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr

Kaffee-Konzert
mit
Kleinkunst-Bühne.

Demokraten!
Beteiligt Euch an dem **Stammfisch**
jeden Dienstag ab 8 Uhr im Hotel Weißer Bär.

Wauern und Kleinbauern Pächter und Siedler
verlangt die **Deutsche Bauernzeitung.**
Probefläche kostenlos.
Reichsverband Landwirtschaft Klein- und Mittelbetriebe, Berlin N. 24, Monbijouplatz 3.

Kaufe
im **Konsum-Berein!**

Wir fertigen **Drucksachen**
für jeden Bedarf schnellstens an

Buchdruckerei **Hugo Alpers, Delitzsch**
Fernsprecher 466

Stärkt die Demokratie!

Wer dem Vaterlande nützen will, für **Einigkeit, Recht und Freiheit** eintritt, der reicht zur gemeinsamen Arbeit allen Gleichgesinnten die Hand.

Zur Aufnahme meldet sich:

Name: _____
Vorname: _____
Beruf: _____
Wohnort: _____
Straße: _____ Nr. _____
Bemerkungen: _____

Ausgefüllt einzufenden an die **Deutsche Demokratische Partei**
für den Bezirk Halle,
Halle, Leipziger Straße 21;
für den Bezirk Magdeburg-Anhalt,
Magdeburg, Breiter Weg Nr. 139/140

len, wenn diese in dem Kampfe um die Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen und wirtschaftspolitischen Gleichberechtigung und um die Teilnahme an den kulturellen Gütern nicht unterliegen wollen. Wenn Klassenkämpfe vermieden werden sollen, so müssen eben gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der wirtschaftlich Schwächeren getroffen werden. Derartige Maßnahmen seien ja der wertigsten Arbeitsmerkmale auch im Artikel 165 der Reichsverfassung seit vielen Jahren versprochen. Aber auch die besten Gesetze haben nur dann Wert, wenn ihre zweckmäßige Durchführung durch kraftvolle Organisationen gesichert werden kann. In einflussreich organisierten Enffschlieungen werden der Leistung des Deutschen Bauarbeiters-Bereits sowie dem geschäftsführenden Gewerkschaften der Dank für die bisherige Tätigkeit und das Vertrauen auch für die Zukunft ausgesprochen sowie die baldige Verabschiedung des Arbeitsvertragsgesetzes und des Gesetzes über die Arbeitslosen-Versicherung und die Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates und der Reichswirtschaftsräte gefordert.

Demokratische Jugend Magdeburg. Am 19. November hielt unser Freund Otto Kette zur Erinnerung an die Revolution 1918 einen Vortrag. Er gab ein Bild von dem Zerfall der unheilbarsten monarchistischen Herrschaft, der herbeigeführt wurde durch die nach Frieden sich sehnenen Frontsoldaten. Aus diesem z. T. wenig bekannten Material bot er einen gut ausgearbeiteten Vortrag, der die Zuhörer bis zum Schluß fesselte.

Der Haus- und Grundbesitzer-Bund für Magdeburg und Umgegend e. V. veranstaltete am 12. Dezember 1920, abends 7 Uhr, im Krupp-Palast eine Preisverleihung. Zu dieser Versammlung sind die Hausbesitzer der Deutschen Demokratischen Partei freundlichst eingeladen.

Ein Landbundessekretär verhaftet. In Stolp wurde der Landbundessekretär Wilhelm Rasch, eine führende Persönlichkeit der Deutschen Nationalen und des Stadtelms, wegen Unterschlagung von 5000 Mark verhaftet. Ferner schwor gegen ihn ein Verfahren wegen Veruntreuung von 500 Mark gestammelter Gelder, die für Kleinbauern in Grogendorf, welche infolge Feuerkatastrophen ihr ganzes Hab und Gut verloren haben, bestimmt waren.

Cochstedt. Die Kreisvereinsversammlung der Deutschen Demokratischen Partei, die am 24. November unter dem Vorsitz des Landwirts Carl Scheller stattgefunden

hat, war sehr gut besucht. Es wurden verschiedene Sachangelegenheiten erörtert, wobei besonders zur Sprache kam, daß die Landwirte für den im Jahre 1924 von der Domäne pachtweise überlassenen Acker fast den doppelten Pachtpreis pro Morgen zu zahlen hätten, als der jetzige Durchschnittspreis zu zahlen brauchten. In Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich gerade die kleinere Landwirtschaft befindet, wurde beschlossen, bei der zuständigen Stelle, um Herabsetzung des Pachtpreises vorstellig zu werden. Hierauf sprach Herr Kaufmann Krell über die Aufgaben der Partei. Redner beehrte sich einwangs seines Vortrages mit den letzten Kreisversammlungen. Besonders beehrte er, daß es nicht möglich war, im Freitag eine republikanische Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat es vorgezogen, mit den Kommunisten Hand in Hand zu arbeiten. Eine Verbesserung der Position der Sozialdemokratie ist durch diese Verbindung nicht eingetreten. Dieselben Chancen hätte die Sozialdemokratie zu verzeichnen gehabt, wenn sie bestrebt gewesen wäre, eine republikanische Koalition herzustellen. Obwohl der Landwirt Quodling vorwiegend landwirtschaftlich sei, sähe im Kreisauschuß nicht ein einziger Landwirt. Selbst die Rechtsfraktion habe hier gesündigt, obwohl sie vor der Wahl eine lebhaft propagandistische Partei betrieben habe. Die Landwirte müßten sich diese stiefmütterliche Behandlung durch die Rechtsfraktion in der Zukunft merken. Zur Reichspolitik übergehend zeigte Redner, daß außenpolitisch Herr Stresemann Verunsicherung treibe; die gerade Litauen, die von Rathenau und Wirth bestritten wurde, hat Stresemann eingehalten. Die Demokratische Partei wird jeden Außenminister stützen, der den Weg der Verständigung der Völker anstrebt. Einen breiten Raum nahm der Vortrag über die Arbeit unseres jetzigen Reichsfinanzministers Dr. Reimhold ein. In sehr geschickter Art verstand es Herr Krell, die Steuerpolitik Dr. Reimhalds zu erläutern. Er erkannte an, daß diese Politik sich als durchaus richtig erweisen und für das Wirtschaftsleben bereits manche Erleichterung gebracht habe. Dr. Reimhold sei bemüht, weitere Erleichterungen auf steuerlichem Gebiete durch Wahrung der Verfassungen durchzuführen, ein Bestreben, das jeder Wirtschaftspolitiker unterstützen müsse. Man könne es nicht verstehen, daß die Deutschen nationalen dem Minister mit starker Vereingemommenheit gegenüberstehen, und doch gerade der frühere Reichsfinanzminister der Deutschen Nationalen von Schlieben, durch seine Steuerpolitik die Wirtschaft außerordentlich stark

beeinträchtigt habe. Aufgabe aller Demokraten sei es, gerade hier die nötige Aufklärung in die Kreise der Landwirtschaft und des Mittelstandes zu tragen. Für die Landwirtschaft habe Dr. Reimhold sich besonders verdient gemacht. Der Vortrag fand starken Beifall und gab zu einer eingehenden Aussprache Anlaß, in der dem Vortragenden der Dank für seine geleistete Arbeit zum Ausdruck kam und der Wunsch geäußert wurde, möglichst noch im Dezember eine weitere Aufklärungsvorversammlung abzuhalten. Das Bestreben, den demokratischen Gedanken zum Siege zu verhelfen, ist in starkem Maße auch in unserer Ortsgruppe vorhanden und werden wir getreu dem Vorbilde unseres Kreisvereinsvorsitzenden Krell an dem Ausbau der Organisation freudig mitarbeiten. — Wie wir hören, hat Herr Regierungsrat Paulsch für die nächste Versammlung einen Vortrag übernommen. Auch diese Versammlung muß wieder gut besucht werden.

Demokratische Jugend. Freitag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr findet im Frönde-Jugendheim eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt, zu der sämtliche Jungdemokraten gebeten sind.

Unser Weihnachtsfeier findet Freitag, den 17. Dezember, abends 8 Uhr im Gesellschaftsraum „Belvedere“ statt.

Sandersleben. Am 27. November fand in Sandersleben im Gasthof „Stadt Ballenstedt“ eine öffentliche Versammlung der D. D. P. statt, in der Bezirksrat Dr. Mathias über „Republik und Demokratie“ sprach. Ausgehend von dem Gesichtspunkte, daß endlich der geschäftliche Kampf der politischen Parteien untereinander aufhören und dafür ein geistiges Ringen um die beste Gestaltung unseres Volksstaates eintreten möchte, beschloß er sich zunächst mit der Außenpolitik und legte dar, wie konsequent und folgerichtig die Tätigkeit der D. D. P. gewesen sei. Auf dem Gebiete der Innenpolitik beschränkte er sich neben anderen Fragen hauptsächlich mit dem Programm der neu sich bildenden Parteien, wie der Wirtschaftspartei, Hausbesitzer- und Arbeiterpartei. Er lehnte die Einstellung dieser Parteien, weil sie einseitige Interessen vertreten und nicht das Volksganze im Auge haben, ab. Der Vortrag fand gute Aufnahme.

Für Werbezwecke

sehen stets Freistücke unserer Wochenchrift zur Verfügung

Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Eine Klasse für sich sind meine stadtbekanntesten hiesigen und bayrischen
Biere „Siphons“ stets
„Frisch vom Faß“
Liefere überallhin frei Haus.
Biervertrieb H. Dengel
Peter Paulstraße 3
Ruf 7722. Ruf 7722

Franz Pützkuhl
Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche, Strawatten, Stühle, Handtaschen, Solentragen.
Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.

Auf Teilzahlung
Herren- und Damen-Konfektion
Wäsche
Manufakturen
Schuhe :: Pelze
S. Margulies
Breitweg 80/81

Konsum-Verein für Magdeburg und Umgegend e. G. m. b. H.
Größte Konsumenten-Organisation Mitteldeutschlands.
35.000 Mitglieder — Gegründet 1864. — Beschäftigt 620 Personen.
Wir liefern an unsere Mitglieder
einwandfreie Nahrungsmittel
und machen besonders auf unsere selbsthergestellten Waren aufmerksam.
Eigene Schlächtereier
Neuzugleich eingerichtet. Feinste Sauberkeit, erstklassige maschinelle Einrichtungen, daher appetitliche äußerst schmackhafte Ware.
Bäckerei und Konditorei
Größter Betrieb dieser Art in Magdeburg, hygienisch einwandfrei.
Kaffeerösterei
Herstellung alkoholfreier Getränke.
46 Material- u. Kolonialwaren-Verkaufsstellen in Magdeburg u. Umgegend einschl. Schönebeck
8 Schlächtereien
2 Manufakturwarengeschäfte.
Allen Verbrauchern sei die Mitgliedschaft dringend empfohlen.
Beitrittsbedingungen werden in allen Lagern entgegenkommen.

Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“
Bes. Ad. Thurnagel.

Groß und schön
ist die Auswahl in allen unseren Artikeln
Weihnachtsgeschenke jeder Art
für Damen und Mädchen
Balltücher — Ballrover — Tischdecken
Strickwaren für Winterparken usw.
Bäckfisch u. Damenmütel
mit Besch. von Mk. 18,50 an
Mäntelhaus Roteschloß
Magdeburg, Breiter Weg 151

Siebert & Wübbach :: Magdeburg.
Inhaber: Richard Siebert
Große Mühlstraße 16. Fernsprecher 7230
Kolonialwaren — Konserven — Delikatessen
Wein und Spirituosen.
Spezialitäten: Rheinisches Apfelkraut, Weineiß,
Frankfurter Apfelwein und Blum Radies
— Lieferung frei Haus.

E. Marquardt, Magdeburg
Viktoriastraße 9 (kein Laden) am Hauptbahnhof
Fernruf 5539
Krankenpflegeartikel
Chirurgische Instrumente, Bandagen, Leibbinden
Verbandstoffe Gummivarren
Reines Fadengestift.

Deutsche Einheit
Herausgegeben von Reichsführer z. D. Graf Bernstorff
M. d. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.
Drei-Werke-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 4 RM.

Inferieren bringt Gewinn!

Streiflichter aus dem Stadtparlament.

Der Kampf um die Freiheit des Gewerbes und gegen Monopolbestrebungen der Stadtverwaltung. — Magdeburgs Weidensweg oder geheimräthliche Sabotage.

Magdeburg, 3. Dezember.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag wieder einmal mit einem Antrage gegen die Freiheit des Gewerbes zu beschäftigen. Wir haben in früheren Artikeln davon berichtet, wieweit erbitterter Kampf das Gärtnergewerbe durchführt, auch auf den städtischen Friedhöfen seinem Erwerb nachzugehen. Die Friedhöfswartung hat das bisher stets zu verhindern gewußt, obwohl nach den geltenden Bestimmungen der Begräbnisordnung das Recht zweifellos auf Seiten der Handelsgärtner war. § 9 Abs. 1 der Begräbnisordnung besagt nämlich, daß die Instandhaltung, Unterhaltung und Pflege von Grabstellen von den Hinterbliebenen selbst oder von Personen, die in ihrem Lohn stehen, sowie von den vom Magistrat eingewählten Dienststellen und von den ihm zugelassenen Grabgebern ausgeübt werden kann. Es ist ohne weiteres klar, daß zu den Grabgebern im Sinne der Bestimmungen der Begräbnisordnung auch die Handelsgärtner zählen, die im Auftrage der Hinterbliebenen die Pflege der Grabstellen übernehmen sollen. Die Friedhöfswartung hat das aber bisher immer verweigert, indem sie einfach keinen Gärtner die erforderliche Zulassung zur Grabpflege erteilt.

Auf eine Klage der Wilmsdorfer Gärtner gegen den hiesigen Magistrat, der den Handelsgärtnern ebenfalls die Vornahme der Grabpflege verweigert, hat das Reichsgericht entschieden, daß den Handelsgärtnern die gewerbliche Betätigung auf den Friedhöfen nicht unterlag werden könnte. Auch eine Gruppe von Magdeburger Gärtnern hat darauf gegen die Stadtverwaltung den Klageweg beschritten und ein obliegenendes Urteil erzielt, da nach der Urteilsbegrenzung der Magistrat kein Recht hat, auf Grund des Vorlautes der Begräbnisordnung den Handelsgärtnern die gärtnerische Ausfüllung der Gräber zu unterlagen.

Die Erwartungen, daß der Magistrat aus diesem Urteil die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen und nun den Handelsgärtnern ihr Recht zu Teil werden lassen würde, ist aber schwer enttäuscht worden. Der Magistrat ließ vielmehr der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen, in der er eine Veränderung des oben erwähnten Abjages der Begräbnisordnung in dem Sinne beantragte, daß die Friedhöfswartung eine Monopolfunktion in der Grabpflege erlangt hätte und die Handelsgärtner grundsätzlich jede gewerbliche Betätigung auf den Friedhöfen unterlag worden wäre. Diese schwere Schädigung des Gärtnergewerbes konnte die demokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung nicht zu lassen und sie machte daher schon in den Ausschüßberatungen ihre gut begründeten Bedenken gegen das städtische Monopol auf den Friedhöfen geltend mit dem Erfolge, daß sich auch die anderen bürgerlichen Gruppen der Stadtverordnetenversammlung auf ihren Standpunkt stellten. Besonders hervorgehoben wurde dabei die Höhe der Gebühren, die die städtische Friedhöfswartung für die Grabpflege erhebt. Um einen Vergleich mit den in anderen Städten zur Erhebung gelangenden Gebührenhöhen anstellen zu können, wurde im Ausschüß beschlossen, eine Rundreise zu veranstalten und die Vorlage bis auf weiteres zu verlagern.

In der Sitzung am Donnerstag kam es aber doch zu einer recht lebhaften Debatte, die die Unteilsfertigkeit der Verabschiedung der Vorlage erzwingen wollte. Stadt, Schüler und Stadt. Dürre wiesen dabei mit treffenden Worten auf die schwere Notlage des Gärtnergewerbes hin, die nach der Einführung eines städtischen Monopols in der Grabpflege noch an Schärfe zunehmen müßte, wodurch die Existenz vieler selbständigen Gewerbe und ihrer Angehörigen in Frage gestellt werden würde. Diese Hinweise übten auf die Unteilsfertigkeit ein Eindruck, obwohl das Meisten der Erwerbslosen ihr doch eine einbringliche Mahnung zur Einsicht hätte sein müssen. Die bürgerliche Mehrheit der Versammlung setzte aber die Verlegung durch.

Der Anschlag auf die Freiheit des Gärtnergewerbes ist damit vorläufig abgesehen. Die Gefahr ist aber damit noch lange nicht vollkommen abgetan. Es ist bekannt, mit welcher Fähigkeit der Magistrat seine Monopolisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen verfolgt. Unsere Parteifreunde in der Stadtverordnetenversammlung werden aber auf der Fahrt sein und rechtzeitig das Bürgerium auf die ihm aus solchen Vorhaben drohenden Gefahren aufmerksam machen.

Daß auch nach der Umwälzung in den Amtsstuben der Reichs- und Staatsregierung die Geheimratswirtschaft lautig mehr blüht, ist leider eine Tatsache, die den Steuerzahlern mehr als einmal in dieser Zeit schmerzlich zum Bewußtsein gebracht worden ist. Die besten Absichten der Regierung und der Parlamente werden durch diese geheimräthliche Sabotage zunichte gemacht. Ein Schulbeispiel dafür liefern die Verhandlungen der Stadt mit den Vertretern des Fiskus über den Erwerb der Fortanlagen, die für militärische Zwecke nicht mehr brauchbar sind, deren Verkauf für die Stadt eine zunehmende Notwendigkeit ist. Ein Teil der Anlagen ist der Stadt schon vor dem Kriege vom Militärrecht zu einigermaßen erträglichen Bedingungen angeboten worden. Der Krieg hatte aber eine Unterbrechung in den Verhandlungen verursacht. Als einige Jahre nach dem Kriege es der Stadt mit vieler Mühe gelang, endlich eine Wiederaufnahme der Verhandlungen herbeizuführen, steigerte der Fiskus seine Forderungen in 10 maliger Weise, daß daraus der Schluß gezogen werden mußte, daß ihn an einem Verkauf der für sich wertlosen Anlagen nichts lag. Die Wasserforderungen des Fiskus zu bewilligen, würde eine so schwere Schädigung der Interessen der Stadt bedeuten, da sie der Magistrat nicht zu verantworten zu können glaubte. Es ist dabei zu bedenken, daß das Gelände, auf dem die Fortanlagen entstanden sind, zum Teil in den früheren Jahren von der Stadt dem Militärrecht für einen lächerlich geringen Betrag zur Verfügung gestellt werden mußte und daß der Fiskus seinerseits Verdienst daran hat, daß heute, nachdem die ehemals weit draußen liegenden Anlagen durch das außerordentliche Wachstum Magdeburgs in den letzten Jahrzehnten dicht an die Stadt herangerückt sind, zum Teil auch schon von ihr umschlossen werden. Die Staatsregierung verlangt von der Stadt die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, erdort aber zur gleichen Zeit die Durchführung dieser Absicht, indem sie unerfüllbare Bedingungen für die Ueberlassung der Fortanlagen stellt, die für diesen Zweck sehr gut geeignet sind, aber die Pacht lo in die Höhe schiebt, daß es für die Stadt vorzuziehender wäre, wenn sie veräußert, daß aber für die Ueberlassung nicht zu entstehen ist, dazu verwenden würde. Dieser Vorstoß ist nicht so viel mehr, als der Fiskus für das städtische Gelände der Fortanlagen fordert. Daß der Fiskus auch anders kann, hat er bewiesen, als die Festungswerke von Köln geschleift werden mußten. Damals galt es die Rheinländer bei der Stange zu halten und deshalb kam er den Wünschen der Stadt Köln nach Ueberlassung des Festungsgeländes in konzessionärer Weise entgegen. Bei Magdeburg, das im Interesse der Landesverteidigung als Festungsstadt i. Zt. die schweren Opfer auf sich genommen hatte und darum in seiner Entwicklung lo schwer geschädigt wurde, glaubt man die Mühsal nicht über zu brauchen und den unerbötlichen Bodenwucher auf Kosten der Stadt treiben zu dürfen. In der Stadtverordnetenversammlung herrschte bei allen Gruppen volle Einmütigkeit darüber, daß diesem Treiben endlich ein Ende gemacht werden müßte. Die geheimräthliche Sabotage muß vor aller Öffentlichkeit an den Pranger gestellt werden. Unsere Vertreter in den Parlamenten müssen hier einmal gründlich aufzuräumen und dafür sorgen, daß in den preussischen Amtsstuben endlich etwas Verständnis für ihre Aufgaben gegenüber den Stadtverwaltungen eintritt.

Schwaneke mit dem oben angegebenen Thema ein und bot mit seinem Vortrage den Versammlungsschülern einen anregenden Abend. Es öffneten sich die Archive des Kaiserlichen Amts. Bismarcks politische Gedanken und Handlungen bekamen wieder Gestalt und Form. Man sah die von Deutschland zu den anderen Mächten gesonnenen Fäden. Man sah wie sie aufgenommen oder gerissen wurden. Zunächst Deutschland gewissermaßen als Spinnweb im flachen europäischen Netz und dann Schritt für Schritt das Vorbringen des Weltendramas, bis aus dem starken Deutschen Reich und aus der emsig arbeitenden Spinne die im Netz hangende und unspinnende Fäule wurde. Solange Geist und Hand des Altreichsregierers Deutschlands Gesetze lenkten, trat neben die Kraft auch der diplomatische Takt, das diplomatische und politische Fingerfertigkeit für die Lebensmöglichkeiten zwischen Deutschland und den anderen Großmächten. Als der „neue Herr“ sein eigener Konflikt sein wollte, türmten Taktlosigkeit und Unkenntnis die Schwierigkeiten, unter denen wir erliegen mußten. Bismarcks Vorzüge, ein Bündnis zwischen England und Frankreich zu verhindern, führte zum Dreikaiserbund. Deutscher Selbsthaltungstrieb ließ uns den österreichischen Nationalitätenkonflikten und die Balkanplut dämpfen. Gegen Russlands Drohung erlangte es schiedt das zweite Dreikaiserbündnis. Schon damals aber mit dem italienischen Vorbeist, dieses Bündnis dürfte sich nicht gegen England auswirken. Das Kolonialreich Frankreichs war ein Geheiß Bismarcks Politik, die damals schon fühlte, daß das Deutsche Reich einem Bündnis zwischen Russland, Frankreich und England nicht gewachsen sei. Mit dem Sturz des Altreichsregierers stütz auf Stein auf Stein aus dem selbsteigenen Bau. Und zu den diplomatischen Ungeschicklichkeiten gesellen sich, das Durcheinander verwickelt, militärisch-strategische Erwägungen. Keiner erkannte die für alle Weltigkeiten vernünftige Wirkung des aufsteigenden Weltenerweckers besser als England. Eine drei dreimal bietet es zum deutsch-englischen Bündnis die Hand. Aber muß sie diese zurückziehen und schließt nun die Brücken zu den anderen. Die englischen Bündnisse mit Japan, Russland, Frankreich stürzen das Reich, das Deutschland zu spät zu durchbrechen strebt. Als in Einzelheiten mit dem Material der antiken Kisten vertraut, konnte der Vortragende den Zuhörern ein getreues Bild deutscher Außenpolitik geben, das er durch farbige Zeichnungen an der Tafel vortrefflich zu erläutern wußte. Das Gedicht, das über uns beim Ausbruch des Weltkrieges hereinbrach, war unaussprechlich, da es niemanden mehr gab, der es zu meistern verstanden hätte. Der Vorwurf, daß es zu dem Weltenerwecker kam, trifft die Wälder, die sich das Spiel mit ihrem Schicksal gefallen ließen. Herr Dr. Schwaneke erntete für seine Ausführungen den Dank der Versammlung, dem auch der Vorsitzende, Herr Mimmer, nach besonderen Ausdruck verlieh.

Wie in der Bekanntmachung der Versammlung weiter vorgelesen, schloß sich dann noch eine Kommunalpolitische Aussprache an. Herr Mimmer schilderte die Gründe, die zur Aufhebung der bisherigen Selbstverwaltung der städtischen Güter führten. Auf der einen Seite ein jährlicher Verlust von 40 000 M bei Beibehaltung der eigenen Regie. Auf der anderen Seite ein Gewinn von 80 000 M bei Aufhebung der Eigenwirtschaft und Uebertragung an Interessenten. Er schilderte hierbei die kommunalistische Theorie, mit der man praktisch nichts anfangen würde. Sollte der Weg der Uebertragung der Verhältnisse erproben, dann müßte der Weg der städtischen Regie verlassen werden. Daß hierbei die Meinungen geteilt sein konnten, wäre verständlich. Denn es ist die Art und Weise gewiesen, in der die Gegner ihre Obstruktion betrieben und die Arbeit der Stadtverordneten aufgehoben hätten. Auf Anregung ging Herr Mimmer dann auch auf die Stadtkonkurrenz ein. Die Bürgerpflicht könne sicher sein, daß man nichts verstanden wolle, aber die bisherige Ausschließung durch das kommunalistische Blatt diene nur einer parteipolitischen Propaganda um jeden Preis. Der dem Untersuchungsausschüß nunmehr vorliegende Freiwirtschaftsbericht müsse vorläufig vertraulich behandelt werden, wenn man nicht auch diejenigen Firmen, die zur Zeit redlich bestrebt seien, Kre-

Aus Parlamenten und Parteien

Die Deutschnationalen und die kleinen Landwirte.
Im Preussischen Landtag haben die Deutschnationalen wieder einmal ihre Liebe zum kleinen Landwirt gezeigt. Bei der Beratung eines Gesetzesentwurfes, der die Strafbestimmungen des Rügegesetzes erleichtern sollte, haben sie allen Ernstes beantragt, die Strafbestimmungen für Verstöße bis zu 10 000 M bei Pferden und bis zu 5000 M bei Rindvieh heraufzusetzen. Es ist ja klar, was das bezweckt: man will damit die kleinen Leute, die einmal einen Verstoß begangen haben, vollkommen in die Hand bekommen; denn ein dertariger Strafrahmen muß sich für die kleinen Bauern vernünftig auswirken.

Die demokratische Fraktion griff durch die Abgeordneten Wachhoff, de Wenz, Hoeh und Dr. Grömmel-Königsberg sofort ein und beantragte, statt 10 000 M bis höchstens 1000 M und statt 5000 M bis höchstens 500 M als äußerste Grenze festzusetzen.

Die Demokraten und Michalek.
Anlässlich des Todes des Vorkämpfers der Berliner Stadtverordnetenversammlung und Ehrenbürgers von Berlin Paul Michalek hat der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei an die Hinterbliebenen Michaleks das nachfolgende Telegramm gerichtet:

„Sein Tode Ihres für die Entwicklung des liberalen Bürgeriums wie der Stadt Berlin gleich verdienten Ba-

ters gedenken wir Ihnen und Ihrer verehrten Angehörigen in herzlichster Teilnahme.“

Landtagsabgeordneter Barteld 50 Jahre.
Der demokratische Landtagsabgeordnete Barteld, der sich in der Preussischen Landtag des Landtags mit besonderem Eifer der Beamtenfragen und der landwirtschaftlichen Fragen annimmt, feierte seinen 50. Geburtstag. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat ihm aus diesem Grunde die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Bills Silberne Hochzeit.
Der demokratische Reichstagsabgeordnete Bill beging am 26. November das Fest seiner Silbernen Hochzeit. Seiner Gattin und ihm als tapferen Kämpfers besonders für Mittelstandsfragen, sind die Glückwünsche aller Demokraten sicher.

Parteinachrichten

Bezirk Halle.
Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis zum Weltkrieg.

Halle. In unserer Mitgliederversammlung am 21. November sollte eigentlich ein Lichtbildvortrag über „Großpreussland“ gehalten werden. Infolge technischer Schwierigkeiten war das nicht möglich. Dafür sprang als Redner der Reichszentrale für Heimatsdienst Herr Dr.

**Wo laufen die Demokraten?
Nur bei unseren Interenten!**

die abzugeben, schädigen und schließlich zahlungsunfähig machen wolle. Für die Uebertragung des von Markt nach dem Wohlstand verlegten Eigenbesitzes habe er den Antrag eingebracht, daß seitens des Magistrats dabei von jeglicher Partei-Bezeichnung Abstand genommen werde. Von der Versammlung wurde dieses Vorhaben des Vorkämpfers in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter lebhaft begrüßt. Nach einem Hinweis des Herrn Arthur Simonsohn auf den Wert der Beratungen der Reichszentrale wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen. H.

Ein neuntes Schlußjahr.
Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten schreibt uns hierzu: Es herrscht eine große Stellenlosigkeit, und es ist nicht abzusehen, wann eine Milderung eintreten wird. Man rechnet mit mehreren Jahren. Betroffen werden davon nicht nur ältere Pers-

Jonen, sondern in ebenso hohem, vielleicht in noch höherem Grade die jungen Menschen. Zahlreiche aus der Schule entlassene Mädchen und Knaben erhalten weder eine Lehr- noch eine Arbeitsstelle. Die sittlichen Folgen eines solchen Zustandes sind überaus bedenklich, die Verwahrlosung in dieser Uebergangszeit wirkt sich bis in das Alter hinein aus.

Verschiedene Maßnahmen sind von einzelnen Städten getroffen worden, um diesem Uebelstande zu steuern, aber sie treffen nur einen kleinen Teil der jugendlichen Arbeitslosen. Aus diesen Grundzügen heraus hat der Verband der weiblichen Handwerks- und Büroangestellten vorgeschlagen, ein neues Schuljahr auf das achte aufzu-

setzen und diejenigen Schülerinnen und Schüler, die das Lehrziel der Volksschule erreicht haben, mit Handfertigkeiten, Haushaltung neben der Befähigung des im bisherigen Unterricht Gelesenen zu beschäftigen. Aber das Ziel der Volksschule nicht erreicht hat, müßte in den Schuljahren weiter unterrichtet werden. Lehrkräfte hierfür gibt es in der stellenlosen Junglehrerschaft, unter den arbeits- und beschäftigungslosen Wertmeistern, Handwerkern u. s. w.

Der Einwand, daß die Verlängerung der Schulpflicht die mittellosen Eltern, deren Kinder auf sofortigen Verdienst angewiesen sind, sehr treffen, ist hinfällig, da ja auch jetzt diese stellenlosen jungen Menschen Monate, sehr

oft über ein Jahr keine Arbeits- und Lehrstelle finden. Die Kosten einer solchen Maßnahme sind gewiß hoch, aber angesichts der Gefahren, die die gegenwärtigen Verhältnisse mit sich bringen, würden die Kosten nicht geltend zu werden. Für Gegend- und Drie namentlich in ländlichen Gebieten, wo die schulentlassenen Kinder auch unter den heutigen Verhältnissen sofort in eine Beschäftigung eintreten können, wären Ausnahmen zuzulassen. Möglichenfalls sind die Gesetze der Länder entsprechend zu ändern.

Halle. In der **Jugendmädchen-Versammlung** vom 26. November ds. Js. sprach unter griechischer Freund Theodor Doganis über seine Heimat. Vorweg möchten wir erwähnen, daß es bewundernswert ist, welche interessante und launige Schilderung unser Freund in der ihm fremden Sprache gegeben hat. Wir alle waren erfreut, durch den Vortrag zu erkennen, wie wenig wir doch über die Geschichte, die Entwicklung und die ganzen Verhältnisse des griechischen Staates wissen. In kurzen und doch erschöpfenden Ausführungen wurden wir mit der historischen Entwicklung, der Zusammensetzung und der Betätigung der Bevölkerung, dem Klima, der Religion, den Sitten und Gebräuchen, kurz allem, was zu einer umfassenden Schilderung eines Staates gehört, unterrichtet. Nach Schluß des mit starkem Beifall aufgenommenen Referates konnte Freund Doganis den anwesenden Volkswirtschafts-Studenten noch manche wertvollen Angaben machen.

In geschäftlichen Teil wurden nach Bekanntgabe wichtiger Mitteilungen der Zentrale für die nächste Zeit beschlossen, daß als letzte Veranstaltung dieses Jahres gegen Mitte Dezember eine Zusammenkunft mit Vortrag unseres Freundes cand. rer. pol. Große stattfindet. Für diese Versammlung ist anschießend gefälliges Besondere ein geplant. Anfang bis Mitte Januar n. Js. werden wir zu einer Versammlung die hiesigen Parteimitglieder einladen, um das Referat eines Berliner Redners über die jungdemokratische Bewegung zu hören.

Die Jahreshauptversammlung unserer Gruppe ist für Ende Januar in Aussicht genommen. Besondere Einladungen ergehen noch, doch bitten wir, schon heute von diesem Arbeitsplan Kenntnis zu nehmen.

Weißenfels. Die Ortsgruppe der D. D. P. hält Montag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr ihre Monatsversammlung im „Sächsischen Hof“ ab. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Münz, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Villa, 11g.). Delitzsch

Anzeigen aus dem Bezirk Halle.

SPIELWAREN



Sehenswerte Ausstellung
Größte Auswahl
Billigste Preise

Gekaufte Spielwaren werden bei entsprechender Anzahlung bis 21. Dezbr. bereitwilligst aufbewahrt.

Auf unsere neu eröffnete sehenswerte Ausstellungshalle machen wir besonders aufmerksam.

Burghardt & Becher
Leipziger Straße 10



Vorschriftsmäßige Berufs-Mäntel

für Kolonialwaren- und Delikatgeschäfte
fertigt nach Maß
unter Garantie
des guten Sitzes an.

Unf. Spezialmantel 5⁰⁰
wie nebenstehend

Katalog gratis
Kl. Berlin 2
1 Trep., Eing. Sternstr.

Billig! Billig!

Möbel

Pass. Weihnachtsgeschenke wie:
Schreibtische, Schreibessel, farb. Garderoben, Clubstühle, Clubsessel, Ruhebetten, Nähstische, Frisieröletten etc.

offert billigst

Wilhelm Busse :: Halle a. S.
Geiststraße 45

Frauengruppe der D. D. P.

Halle a. S.

Donnerstag, den 9. Dezember
in „St. Nikolaus“

Gesellschafts-Abend

Künstlerische Vorträge
Klavier, Gesang, Deklamationen

— Beginn 8 Uhr —

Mitglieder der Frauengruppe u. Parteifreunde werden um zahlreiche Beteiligung gebeten

Geschenke zur Verlosung
: am Eingang erwünscht :

Langjähriges, geschultes Personal

Eine riesige, stets wechselnde Auswahl

machen das Kaufen zum Vergnügen bei

Poewendahl's

Die Kleidung der Dame vom Kopf bis zu den Füßen

1. Weihnachts-Angebot!

Leinenwaren

mit kleinen Schönheitsfehlern.

1 Fabrikposten
Handtücher reinl. Gerstenkorn-Jaquard mit Hohlraum, ganz besond. günst. Kaufgelegenheit **0.85**

1 Fabrikposten
Jaquard-Handtücher aus bestem Halbleinen, besonders gute Gebrauchsqu. Qualität, gesäumt und gebänd. 48/100 **0.78**

1 Fabrikposten
Reinl. Tischtücher aus weißem Leinen, damast m. Indanthrenfarb. Kante u. Hohlraum **4.95**

1 Fabrikposten
Reinl. Rolltücher aus Ia Jaquard-Drell mit roter und blauer Kante **2.95**

4 Serien Damen-Mäntel

zu erstaunlich billigen Preisen

17.50
27.50
37.50
47.50

Wir bringen zu dieser Sonderveranstaltung **4 Serien Mäntel**, die durch ihre Qualität und Preiswürdigkeit ungeteilten Beifall finden werden. Ein Besuch in unserem Hause wird Sie unwiderleglich von den Vorteilen überzeugen, die Ihnen unser Angebot bietet.

Trikotagen

Normalhemd mit Doppelbrust, gute Qualität, wollgemischt **1.65**

Herrenunterhose grau, warme, mollige Ware **1.95**

Farb. Herrengarnitur bestehend aus Hose und Jacke, in modernen Farben **3.30**

Damenschlüpfer m. warmem Futter in vielen modernen Farben **1.25**

Gewirkte Damenhemdchen lange Form, kräftige Qualität **0.95**

Damenuntertaile gestrickt, mit langen Ärmeln, gute Qualität **1.65**

Brummer & Benjamin

Halle an der Saale

Große Ulrichstraße 22/24 und Rannischer Platz

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der **Politische Wegweiser** erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Verlagspreis:** 40 Schilling pro monatlich je nach dem Postzustand. — **Bestellungen:** nehmen alle Buchhandlungen, Verleger und die Verlagshandlung, Leipzig, Hauptstraße Nr. 21, entgegen. — **Abonnenten:** bitten wir um rechtzeitige Zahlung. — **Verlagshandlung:** hat den Sitz bei der Postamtstraße Nr. 21, Leipzig.

Abonnentenpreis: für die abgabepflichtigen Mitglieder 20 Schilling pro Monat. — **Einzelheft:** 10 Schilling. — **Abonnentenpreis:** für die abgabepflichtigen Mitglieder 20 Schilling pro Monat. — **Einzelheft:** 10 Schilling. — **Verlagshandlung:** hat den Sitz bei der Postamtstraße Nr. 21, Leipzig.

Nummer 49

Seite (S.), 4. Dezember 1926

2. Jahrgang

Von Locarno nach Stresa.

Ernst, aber nicht aussichtslos — Die Gefahr der Stimmungen — Verzweigungskampf des Nationalismus — Hüben und drüben — Die Militärkontrolle und Rheinlanddrängung — Italien und Frankreich — Englische Vermittlung — Folgerichtige britische Politik — Der Weg nach Stresa — Italienische Kolonialansprüche — Wirren im Innern — Die Freiheit in der Partei — Nicht Disziplin, sondern Verantwortlichkeitsgefühl — Das Schund- und Schmutzgesetz — Das Arbeitszeitgesetz — Sozialdemokratische Forderungen — Große Koalition? — Deutsches Erbe.

Die Bedeutung der kommenden Woche ist außerordentlich für die Zukunft Europas gar nicht zu überschätzen. Dabei soll man von dem jetzt wieder einmal herrschenden übertriebenen Optimismus genau so freihalten, wie von einer Hoffungslosigkeit, die kurz nach Thron durch ihre Überheblichkeit mit Verwirrung gestiftet hat. Man wird der Lage nur dann gerecht, wenn man sie als ernst, aber nicht aussichtslos bezieht. So schwer lösbar die Probleme sind, so wenig darf an dem guten Willen der Staatsmänner gezweifelt werden, das auf den Klüppeln schwebende Schiff wieder flott zu machen. Jede Verzögerung dieser Art ist wiederholt auf einem toten Punkt eingelangt und drohte sogar zu einer Zuspaltung statt zu einer Abwägung der Gegensätze zu führen. Dabei soll gar nicht vergessen werden, daß die sachliche Meinungsverschiedenheit nicht einmal das Bedenkliehste ist. Was immer wieder und wieder ständig in die Ermittlung einmündet, sind jene Stimmungen, die durch die Macht der Presse und des Parlamentes einen übermäßigen Einfluß gewinnen. Es ist klar, daß die Opposition in allen Ländern das Kaiserreich aufweist, um eine Verständigung zu verhindern, die von Grund auf die Lage Europas ändern muß. Und es sind so viel Interessen mit der Vergangenheit verknüpft, daß es ein menschlich begreifbares Ziel, wenn sich ihre Wünsche verzweifelt gegen eine neue Zeit sträuben, die ihnen manche Tapfe gefolgten muß.

Bisher aber hat sich die Entwicklung noch immer als härter erweisen als die einzelnen Persönlichkeiten und Sonderinteressen. Vor all man von ihr kein Übergangstempo verlangen. Der Nationalismus kämpft verzweifelt um seine Festsitzungen, denn er hört auf einen Sinn zu haben, wenn sich die internationalen Bande zerreißen. Und gerade das ist das Ziel. Wie bei uns die Deutschen, so regen sich in Frankreich die Chauvinisten, die bisher von der deutsch-französischen Feindschaft gelebt haben. Und beide besitzen die gleichen Waffen, die des Misstrauens und der Abneigung. Es ist so leicht aus der Vergangenheit und selbst aus der Gegenwart ein neues Verhängnis zu gewinnen. Günstig ist überall worden, und wo die leitenden Männer auch mit Geduld und Tatkraft sich für die Vereinigung aller schwebenden Atome eingesetzt haben, sind die nachgeordneten Organe mit Erfolg bereit gewesen, Steine in den Weg zu räumen. Das gilt drüben von den Besatzungsmächten genau so gut wie bei uns von den Verbänden und ihren Beziehungen. Daß mit beiden Verhältnissen aufzuräumen werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Stresemann und Geffler haben entsprechende Erklärungen im Reichstage abgegeben, die merkwürdiger Weise jenseits des Rheines weit mehr befohlen haben, als im eigenen Lande. Es liegt ja überhaupt ein tragisches Verhängnis darin, daß die Freunde der Verständigung so rauh einmal geübt sind, durch ihre übertriebene Wachsamkeit gegen ihre eigenen Willen zu arbeiten. Wir glauben nicht zu sehr zu sagen, wenn wir behaupten, daß der Kampf gegen die schwarze Reichswahr, der natürlich als eine Notwendigkeit hinter den Kulissen geführt werden muß, den deutschen Unternehmern in Paris bei ihren Forderungen nach Aufhebung der Militärkontrolle nicht gerade förderlich gewesen ist.

Es liegt ja überhaupt die größte Schwierigkeit darin, die Erfordernisse der inneren Politik mit der äußeren in Einklang zu bringen. Dabei soll man nicht von Landessprache sprechen, wie es häufig geschieht, denn ein solcher Schritt nur vor, wenn der Vorfall einer Schädigung der nationalen Interessen vorhanden ist. Das aber befreiten wir mit aller Entschiedenheit. Gerade jene Kreise, die gegen den Reichstag erheben, sind die schlimmsten Saboteure unserer Politik, und zwar bewußt. Auf der anderen Seite aber muß verlangt werden, daß auch jeder Parteiführer sich seiner Verantwortung voll bewußt ist und nur die Wege benutzt, die nicht in Paris münden. Die Erklärungen Weidners in der letzten Kammer Sitzung haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß er volles Vertrauen zu der Politik Stresemanns hat, damit sollten wir zunächst uns begnügen.

Die deutsch-französischen Beziehungen stehen im Zeichen der Militärkontrolle und der Rheinlanddrängung. Dabei heißt sich heraus, daß die Aufhebung der Kontrolle durchaus möglich ist, aber noch starke Schwierigkeiten in

drigung seiner eigenen Interessen aber zwingt es, im Gesicht trägt. Sie sind nicht nur an der Seine zu suchen, wo man die Sorge für die eigene Sicherheit in einer unheimlich lässlich ammutenden Weise betont, sondern auch an der Themis, wo man hinter politischen Bedenken wirtschaftliche Verstecke. So weit es sich um das Kriegsmaterial handelt, ist England aus Konkurrenzgründen mindestens so hartnäckig wie Frankreich. In allen anderen strittigen Fragen dürfte eine Einigung leichter erzielt werden, weil wir hier Italien und England auf unserer Seite hätten. Trotzdem besteht kaum Aussicht, daß der Erfolg der Entente Kommission durch die des Völkerbundes schon in absehbarer Zeit Wirklichkeit wird. Vorläufige Schätzungen rechnen zum mindesten mit mehreren Monaten. Aber, und das muß auf deutscher Seite besonders nachdrücklich unterstrichen werden, die Aufhebung der Kontrolle ist keine Folge von Thron oder Locarno, sondern ist im Friedensvertrage vorgesehen. Sie mußte auch dann erfolgen, wenn niemals eine Annäherung in den beiden Dörfern erfolgt wäre. Was wir als Voraussetzungen immer gefordert haben, ist die Räumung des besetzten Gebietes. Auch Herr Briand hat nur von Milderungen gesprochen und auf gewisse Erleichterungen hingewiesen, die bereits eingetreten sind. Wir haben das als Abschlagszahlung gesehen, können es aber nicht als Einlösung der uns ausgesetzten Forderungen betrachten. Eine deutsch-französische Verständigung erfordert erst dann ihren Sinn, wenn sich keine fremden Bajanen mehr in den Wogen des Rheinstroms spiegeln. Auch die vorrückste und juristischsten fremde Truppe stellt immer eine nationale Demütigung und eine Bedrohung des Friedens dar.

So Genf uns in dieser Hinsicht weiter bringt, rückt heute noch zweifelhaft. Der Außenminister wird das äußerste veruchen, das liegt in seinem eigenen Interesse begründet, um das Rad etwas vorwärts zu bringen, aber die Entscheidung hängt heute, so wie sich die Dinge entwickelt haben, gar nicht mehr, oder wenigstens nicht im besonderen Maße von den Beziehungen zwischen Berlin und Paris, sondern von Paris und Rom ab. Wenn hat in der deutsch-französischen Presse vielfach auf die deutsche Annäherung hingewiesen und darin eine Lösung gegen Frankreich gesehen. Nichts dieses. Heute hat das Kabinett Poincaré, diese Annäherung in die eigene Hand aufzunehmen. Sein Verantwortungsbewußtsein der deutschen Politik denkt daran, Thron anzugehen, solange auch nur die geringste seine großen Gedanken in die Wirklichkeit bessere Beziehungen zwischen Paris und Rom dann für Frankreich einen unheimlichen Ansehens, wenn man es gewaltsam einen Bahn abdrängen wollte. Man muß sagen können, daß der Vorschlag zwischen die an sich überhaupt keine politischen und Gegensätze darstellen, durchaus im Gegenteil ist. Es kommt eben alles darauf an, zwischen Frankreich und Italien zu schlagen. Da scheint es, als ob ein Zertes Deutschland zusammen mit England eine Vermittlerrolle spielen könnte. haben die letzten Monate gesehen, sind lateinischen Schwärmern nicht zusammen. England die Initiative ergreifen, um zwischen Frankreich und Italien scheidende zu lösen. Es sucht in Verhandlung mit Mussolini auf Kolonien zu berechnen, sein hat dabei auch an Opfer gedacht, wenn es will.

Die britische Politik ist in ihren Umrissen klar. Nach dem Ergebnis der Reichstagssitzung, die das Schwerkrieg von London fort über See verlegt hat, muß das Kabinett von St. James danach trachten, den Kontinent in Ruhe zu erhalten. Es behält heute garnicht mehr die Möglichkeit, einzugreifen, wenn es hart auf hart geht. Die Schätzungen zu früher, wo es eine Nacht gegen die andere ausspielte, möglichst alle zu stellen, ohne sie natürlich gegen sich selber zusammenzuführen. Und ein zweiter Gesichtspunkt ist maßgebend. Der Seeweg nach Indien soll frei werden. Das ist das A und O der britischen Politik seit mehr als hundert Jahren. Deshalb wurden die spanischen und italienischen Ansprüche auf Tanger abgelehnt, deshalb versucht man, Italien vom

Mittelmeer abdrängen und ihn in Ostafrika das für den Bevölkerungszuwachs unumgänglich notwendige Siedlungsgebiet zu verschaffen. Mit bestimmend ist dabei ferner noch der Gedanke, Italien und Frankreich im schwarzen Erdteil nicht zu Nachbarn werden zu lassen, um keine neuen Reibungsflächen hervorzuheben. Gelingt in irgendeiner Form dieser englische Versuch, so ist Locarno gerettet.

Die französische Presse phantasiert, namentlich, soweit sie rechts steht, von einer deutsch-englisch-italienischen Koalition gegen Frankreich. Es ist eine völlige Verneinung der Beweggründe. Gerade weil wir nur mit Frankreich Gegenstände auszusprechen haben, während wir mit Rom zusammengehen können, ohne überhaupt ernsthaftige Beziehungen aus dem Wege zu räumen, müssen wir das Schwergewicht auf den Westen legen. Der Frieden ist nur dann gewährleistet, wenn die durch den Rhein getrennten beiden Staaten gemeinsam operieren. Und für England gilt das Gleiche. Es will keine Konflikte, aus denen ihm nur Schäden, aber kein Vorteil erwachsen kann. Herr Dr. Wirth hatte im Reichstage vollkommen Recht, als er sagte, Frankreich habe das Wort. Wenn übernimmt eine genaue Verantwortung und er zieht nach Genf geht und von dort aus seine Rechte nach Süden fortsetzt. Es ist vorläufig noch nicht entschieden, ob die Zusammenkunft mit Mussolini in Stresa oder an einem Orte des Lago Maggiore stattfindet. Der Ort ist bedeutungslos, die Zusammenkunft selbst von weitreichender Bedeutung.

Während so die deutsche Außenpolitik vorgezeichnet ist, was natürlich noch nicht den Erfolg verbürgt, sehen wir im Innern nur Wirren und Chaos. Die Stellung von den einzelnen Geleisvorlagen ist keine Sache des Glaubens sondern mühsamer Überlegung. Je mehr eine Partei auf Freiheit begründet ist, je weniger sie sich zum Zwang gegen ihre eigenen Angehörigen verstehen will, um so stärker muß sie in sich liegen. Wenn föhlich auf gewisse Auseinandersetzungen innerhalb der demokratischen Bewegung hingewiesen wird, so können und darf nicht einer bedenkenlosen Disziplin im Geleis gegen Schund und Schmutz der Arbeitsetzt. Es schadet garnichts, die Fraktion nicht geschlossen ist, wenn zwei verschiedene Meinungen vorliegen. Das ist, weil es durch die gemeinsame Arbeit wird und kann sich doch nicht in Reihen einer völligen Einmütigkeit demokratische kommandiert, aber der ihr die Entscheidung Sieger und Besiegter hat für uns keinen Sinn. Wir sind mehrere Parteien besteht aus lebendigen in jeder seiner eigenen Lieberzeugung den wir das verbinden, so würden wir werden.

Wirren wir uns nicht täuschen, daß es erforderlich. Schon die Abstimmungen und Schmutzgesetz haben gezeigt, daß selbst bei der besten Zustände ist. Bei der Wahlrechtsvorlage wird das noch heinung treten. Daneben geben die eine Erweiterung der Regierungsbildung nicht abgeschlossen, aber nicht sonderlich. Die Sozialdemokratie verlangt für ein Opfer von Persönlichkeiten, die in der Partei umstritten sind. Es ist zu einer werden. Wenigstens wird das von den deutschen Parteiführern zu erwarten. Auch vom Reichspräsidenten. Dazu kommt der Kampf zwischen Reich und Ländern, der auch bei den Prüfungsstellen geradezu das entscheidende Merkmal wurde. Wir Deutschen leiden so darunter, daß wir das Volk mit den größten Widerprüchen in sich sind. Unsere Vergangenheit lastet auf uns als unheilvolles Erbe. Diese Gefahren einzudämmen ist nur dann möglich, wenn man immer den Mittelweg einschlägt, und Entwicklungen anbandt hat sie gewaltsam herbeizuführen. Es mag manchen vordringen, daß es so mühselig und langsam weitergeht, aber wir sind eben kein einheitliches Gebilde und müssen die Sünden der Väter büßen. Es ist unsere Aufgabe der nächsten Generation das gleiche Schicksal zu erparnen.

Richard May.

